

Schleifen steht die Inschrift: „In dankbarer Erinnerung
Des Königlich Preussische Kriegsministerium 1809-1909.“

Näher der Verteilung des Schwarzen Adlerordens an Herrn v. Einem werden noch folgende Auszeichnungen bekannt gegeben: Der Bediensteten der Preussischen Krone dem General der Infanterie 2. D. Verdy du Vernois, die Krone zum Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub dem General der Infanterie 2. D. v. Götzer, den Stern zum Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub Generalleutnant v. Baller des Barres, die Krone zum Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub Generalleutnant v. Wachs, den Stern zum Kronenorden zweiter Klasse Generalmajor v. Lohow, den Kronenorden zweiter Klasse dem Oberst Hoffmann, die Brillanten zum Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Krone dem Wirklichen Geheimen Kriegsrat Lehmann, den Kronenorden zweiter Klasse Wirklichen Geheimen Kriegsrat Fontane, den Roten Adlerorden mit Eichenlaub Wirklichen Geheimen Kriegsrat Kieser, den Kronenorden 1. Klasse Generalleutnant 2. D. Serner, den Kronenorden 2. Klasse mit Stern dem Generalleutnant 2. D. Verlage, v. Kries, v. Pape, v. Wartenberg, den Kronenorden 2. Klasse dem Obersten 2. D. R. Rüter.

Serner erhielten die Generalleutnants 2. D. v. Haberling, von der Boed den Charakter als General der Infanterie, Generalleutnant 2. D. v. Villume als General der Artillerie, der Generalmajor 2. D. Hoffmann-Scholz als Generalleutnant, der Oberst 2. D. Hartmann als Generalmajor. Es wurden ernannt der Geh. Rat v. Threnitz zum Geh. Oberbaudirektor, der Geh. Kriegsrat Koch zum Wirkl. Geh. Kriegsrat.

Das Beamtenfeuerprivileg.

Die verklärte Gemeindefunktion des Abgeordnetenhauses hat über die Beratung des Entwurfes betreffend die Heranziehung der Beamten zur Gemeindefunktion Feuer Bericht erstattet. Sie hat dem Entwurfe folgende Fassung gegeben:

§ 1. Die unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten, die Geistlichen, Elementarlehrer und die Lehrer bei der Gemeindefunktion beurlaubten unteren Schichten, sowie die Beamten des königlichen Hofes werden in den Gemeinden zur Einkommenerhebung gleich den übrigen dieser Steuer unterworfenen Personen herangezogen, sofern nicht mehr als 125 Prozent Zuschläge erhoben werden.

§ 2. Die Bestimmungen des § 2 gelten nur für solche Beamten, welche nach dem 31. März 1909 in das Amtsverhältnis eingetreten sind.

Die Kommission hat auch die Steuerfreiheit der Geistlichen und Lehrer in Frage genommen, obgleich die Entwurfskommission nicht darauf abgesehen hat, die Steuerfreiheit der Geistlichen und Lehrer zu verweigern. Die Kommission stellte sich auf den Standpunkt, daß auch die Kirche ein immunitätsrechtlich sich in Anspruch genommen habe. Dieses Recht sei aber trotz zeitweiliger Anerkennung immer wieder von den weltlichen Behörden bekämpft worden. Man nehme allgemein an, die Steuerfreiheit der Kirche beruhe, wo sie bestehe, auf staatlicher Verleihung und könne daher durch den Staat geändert und aufgehoben werden. Heute werde von fast allen Kirchenregimenten anerkannt, daß Kirche und Klerus, weil sie den Schutz des Staates genießen, zu den staatlichen Bedürfnissen beizutragen haben. In Bayern und Württemberg seien die Geistlichen von der Steuer nicht befreit. Erkenne man an, daß es auf weltlichem Gebiete eine immunitas ecclesiae nicht gäbe, und daß der Staat jederzeit zu einer Aenderung befugt sei, so könne es einen Rechtsanspruch der Geistlichkeit auf Kommunalsteuerfreiheit nicht geben.

Deutscher Reichstag.

216. Sitzung vom 1. März 2 Uhr.

Die Beratung des

Kolonialrats

wird fortgesetzt.

Abg. Werner (Reformp.):

Es ist anzuerkennen, daß man hinsichtlich der Behandlung der Eingeborenen zu humanen Anpackungen gekommen ist. Eine vernünftige Kolonialpolitik muß vor allem auf Verhehrswege bedacht sein. Sehr wichtig ist die Aderfrage. Eine Ausbeutung der Ader, wie bisher, muß verhindert werden. Unveränderlich ist, wie ich der Staatssekretär gegenüber Herrn v. Liebert auf 25 Aufschub berufen konnte, die unter seiner Gouverneurschaft festsitzenden hätten. Andererseits begrüßen wir es, daß der Staatssekretär, um nicht vom grünen Tische zu urteilen, Afrika behält hat. Er wird sich dort auch gewiß nicht botanische Dörfer haben zeigen lassen.

Abg. Meiß (fr. Sp.):

Ein Fall, den ich zur Sprache bringen muß, hat bisher eine laßliche Erledigung nicht gefunden: Der Fall Kabe. Die Behandlung des Staatskommissars Kabe durch den Vizepräsidenten, der, nach Angabe Kubes, überhaupt nicht ordnungsgemäß zum Richter bestellt gewesen sein soll. Fraglich ist tatsächlich, ob vom Staatssekretär bestellte Beamte, die doch dazu ihre Geschäfte nur kommissarisch ausüben, zu richterlichen Funktionen befugt sind. Die Frage der Rechtspflege in unseren Kolonien ist jedenfalls von grundsätzlicher Wichtigkeit. Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, inwiefern das Verfahren überhaupt ein ordnungsgemäßes war. Aus den Erklärungen des Staatssekretärs in der Kommission ergab sich ja auch, daß auch nach Ansicht des Reichsanzalters das Verfahren an harten Mängeln litt. Und auch der Staatssekretär zog sich nur auf einen ganz formellen Standpunkt zurück und lehnt das Verfahren juristisch zu beanstanden. Für die Bestellung richterlicher Beamten und für den Vertretungsfall bestehen genaue gesetzliche Vorschriften, die in diesem Falle nicht eingehalten sind.

Abg. Gans (Eder) zu Püttich (kon.):

Erfreulich ist die Einmütigkeit dieser Debatten darüber, daß ein Fortschritt in der Entwicklung unserer Kolonien unverkennbar ist. Einmütigkeit bestand auch darin, daß auch finanziell unsere Kolonien sich entwickeln. Was den Konflikt zwischen Gouverneur und Verwaltung anlangt, so nehme ich zur Schuldfrage keine Stellung; wir sind dem Staatssekretär dankbar, wenn er zum Ausgleich wirken will.

Abg. Koste (Soz.):

Einen Umfassung in der Richtung unserer Anpackungen können Sie doch nicht leugnen. Ich stimme in das über den finanziellen Fortschritt und die Verminderung der Reichszuschüsse ein, und ich will gern hoffen, daß es ihm in einigen Jahren gelingt, die Kolonien zuzuschütze zu machen, aber die Zinsen der

kolonialen Schulden usw. belasten uns noch lange. Die Werte in den Kolonien betreiben wir gar nicht, nur den Wert für die große Masse des Volkes, für die Arbeiter.

Staatssekretär Dernburg:

Die sozialdemokratischen Redner haben aus den Denkschriften eine Reihe von Bemängelungen herausgehoben, die die Verwaltung selbst gemacht hat. Sie haben aber die ganzen Verhältnisse durch die dunkle Brille gesehen, die ihnen durch ihre Parteilichkeit angehängt wird. Sie haben alle Momente fortgelassen, die den Schluß zulassen, daß es sich nur um vorübergehende Erscheinungen handelt. Die Herren sollten sich vor allem vor Überbetreibungen hüten. Jede Kolonialpolitik geht durch verschiedene Phasen. Es gibt zunächst eine Phase der Erörterung, in der die Schwarzgrün zunächst den Weissen kriegerisch gegenübersehen. Da gibt es kein anderes Mittel, als ihnen das Uebergebot des Weissen zu zeigen. In einer solchen Zeit wirkten Herr v. Liebert und auch der Hauptmann Dominik, der durchaus seine Pflicht erfüllt hat. Hoffentlich legt der Reichstag sein Gewicht auf eine Befristung in der Ausgabe von Denkschriften, sonst könnten die Sozialdemokraten nicht mehr ihre schönen Reden halten. (Heiterkeit rechts.) Die Herren gehen ganz einseitig vor und prüfen das Material nur oberflächlich, so daß ihnen mancher Schwärmer unterläuft. Sie machen sich eine Argumentation zurecht, die ihnen so in den Kram paßt. Da sagen sie: Die Kolonien sind wertlos! Weiter aber heißt es: Es ist höchstens eine halbe Milliarde Diamanten drin? Wenn Sie eine halbe Milliarde gleich wertlos setzen, dann kann ich Ihnen natürlich keine Kolonien bringen, die betriebliehen werden. Zweitens behaupten Sie, die deutsche Jurisdiktion habe nichts von den Kolonien nützen können, aber die Großhandelsfirmen brauchen reich werden. Da fällt mir eine Anekdote ein. Ein Mann leuonete, einen von einem Mann entliehenen Topf zerstoßen zu haben und argumentierte wie folgt: Entliehen habe ich den Topf nicht entliehen, zweitens habe ich ihn zurückgegeben und drittens war er schon rot, als ich ihn entliehen habe. (Große Heiterkeit.) Das ist die Logik der Sozialdemokraten in Kolonialfragen. Nicht die großen Plantagenbesitzer haben sich jetzt Nutzen von den Kolonien geholt, sondern alle die deutschen Arbeiter. (Lachen der Sozialdemokraten.) Denkschriften über die Entwicklung der Kolonien halte ich für wertlos. Die Weiben gegen den Koprassoll sind hinsichtlich. Dr. Arning hat sich bei seinen Zahlen um einige Nullen verredet, wie ja Nullen sehr schon eine Rolle gespielt haben. (Heiterkeit.) In der Unterfrage bleiben wir auf dem Standpunkte stehen, daß alle Ausschüsse befristet werden müssen, ob sie nun von Weissen, Äthern oder Schwarzen kommen. Den Weissen gleichstellen können wir die Indier nicht. Eine weitere Ausgestaltung des Gouvernementsrates ist auch mir hypothetisch. Ein großer Widerspruch zwischen mir und dem Abg. Dr. Arning und v. Liebert besteht nicht. Wenn unsere Kolonialpolitik Fortschritt gemacht hat, so ist das nicht den Sozialdemokraten zu verdanken und ihrer Kritik, sondern den Parteien, die 20 Jahre und länger an der deutschen Kolonialpolitik festgehalten haben. Kolonialpolitik ist keine Parteiliche. In den wesentlichen Punkten sind alle bürgerlichen Parteien einig, und das ist die Hauptsache. Die Regierung wird weiterhin ein nationales, futurales und kommerzielles Kolonialprogramm fördern. (Beifall.)

Abg. Eder (fr. Sp.):

Bedauerlich ist, daß die einzelnen Kommissionen sich gegenseitig in nicht schöner Weise Konkurrenz machen. Herr Reichberg ist zweifellos eine tüchtige Persönlichkeit, aber sein Verhalten macht ihm konfessioneller Beziehungen nicht ganz verdächtig. Auch wir wollen eine Politik des Wohlwollens und der Gerechtigkeit, die aber auch den berechtigten Interessen der Weissen entgegenkommt. Ein starker Stamm von deutschen Anwohnern wäre für die Kolonien sehr vorteilhaft. Im ganzen haben wir allen Anlaß, mit der gegenwärtigen Kolonialpolitik zufrieden zu sein. Dem Staatssekretär hätten alle Parteien ihr Vertrauen ausgesprochen, ich kann das Schicksal des Hofes fast loben. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Eine Petition der deutschen Kolonialgesellschaft wird im nächsten Winter auf der Hambarabahn bis Afrika und zur Verfügbung übermitteln.

Für Anwerbung farbigen Personals außerhalb der Schutzgebiete werden 25 000 Mark gefordert. Die Budgetkommission beantragt Steigerung dieses Postens.

Abg. Dr. Arning (natl.):

Wir haben nur Bedenken gegen die Einführung von Eingeborenen aus einer deutschen Kolonie in eine andere. Gegen Leute aus einer nichtdeutschen Kolonie haben wir nichts einzuwenden. Der Staatssekretär Dernburg ist mit diesem Vorbehalt einverstanden.

Die Summe wird bewilligt, ebenso der ganze Ostafrika-E. Weiterberatung; Dienstag 2 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenshaus.

42. Sitzung vom Montag, 1. März 1909.

Am Ministertische: Frhr. v. Rheinbaben.

Präl. v. Kröcher eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Wohnungsgeldzuschußgesetz.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung der Kommission zum Wohnungsgeldzuschußgesetz und das Mantelgesetz zu den Befehlsvorlagen.

Abg. Dietrich (Str.):

Beantwortet die Juridikerweisung der Vorlagen in die Kommission, da noch mehrere Anträge eingegangen seien.

Präsident v. Kröcher:

Ich kann zur Ergänzung mitteilen, daß nicht weniger als 20 Anträge eingegangen sind. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.):

Durch eine Zurückverweisung erfährt die Verabschiedung der Vorlage eine neue starke Verzögerung. (Lebhafte Zurufe: Nein, nein!)

Abg. Dr. v. Heppbrand (kon.):

Ans würde es auch am liebsten sein, wenn wir den Gegenstand jetzt aus der Welt schaffen könnten. (Sehr richtig!) Bei der Vorberatung wurde aber nicht nur dem Zentrum, sondern auch von der Partei des Fortschritts eine Zurückverweisung gewünscht. Wir haben infolgedessen bisher zu den Beschläßen der Kommission noch gar keine materielle Stellung nehmen können.

Abg. Hausmann (natl.):

Meine Freunde wollen den bisherigen Gepflogenheiten treu bleiben und stimmen deshalb für Zurückverweisung, nachdem eine große Fraktion die Zurückverweisung beantragt hat.

Abg. Gosting (fr. Sp.):

Ich schließe mich den Ausführungen des Abg. Dr. v. Heppbrand und des Abg. Hausmann an. Beide Vorlagen gehen an die Kommission zurück.

Etat des Ministeriums des Innern.

(Zweiter Tag.)

Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim Ausgabeliste: Gehalt des Ministers. Hierzu liegt eine Reihe von Anträgen vor. Ein Antrag Dr. Weidmann (natl.) verlangt getrennte Formulare für die Aufnahme der Wohnprotokolle in den Urwahlsbüchern für Terminwahlen und Unterbringung nicht anzulegen sei: Krankenunterstützung im Einleit geltenden Stadt- und Langemeinderwerbungen und Einleitung einer einheitlichen Gemeinderhebung in ganz Preußen. Gehalt des Ministers: (Zur) will die für Wohnungsbau, Gesundheitswesen, königliche Polizei auf die ganze Land- und freile ausgebeht werden. Ein Antrag Schmeibing (Str.) fordert eine Gehaltentwurf, wonach die Reichsgerichte betreffend die Wirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte auf die preussischen Landesgerichte übertragen werden. Ein zweiter Antrag Schmeibing (Str.) verlangt eine Gehaltentwurf, durch welchen Personen, die sich fortünftig und bismittig der Unterhaltung ihrer aus öffentlichen Armenmitteln unterstützten Angehörigen unter ihrer zur Arbeit anzuhelfen sind. Ein Antrag des Zentrum und der Nationalliberalen fordert Mittel, wodurch Armengehältern, die durch ihre Lage an der Grenze der Abweisung von verarmten Deutschen aus dem Ausland besonders häufig ausgebeht sind, die dadurch veranlaßten anderweitig nicht erstattungsfähigen Kosten ersetzt werden.

Abg. Jansen (natl.):

beantwortet den Antrag auf Einführung besonderer Formulare für Terminwahlen und Protokolle, und kommt dann auf den Fall Schilling zu sprechen. Den Ausführungen des Abg. v. Heppbrand, daß parlamentarische Einflüsse sich auf einen höheren Beamten nicht geltend machen dürfen, können wir uns nur anschließen, wenn auch die höheren Beamten die ganze politische Lage nicht außer acht lassen sollten, da sie eben die Politik der Regierung diktieren sollen. Das Vorgehen des Regierungspräsidenten gegen den Bürgermeister Schilling war einerseits nicht so, daß man davon groß Aufheben machen soll, aber andererseits auch nicht besonders geschickt. Das ganze Vorgehen des Bürgermeisters Schilling bestand darin, daß er Protokolle geschrieben hat, die, wenn der Regierungspräsident nicht eingegriffen wäre, bald der Vergessenheit anheim gefallen wären. Nach Ansicht des Abg. v. Heppbrand soll die Autorität eines Regierungspräsidenten stehen, wenn der Minister kein Verhalten missbilligt. Nach unserer Ansicht muß aber noch mehr die Autorität des Ministers stehen, wenn er sich bei den Protokollen des Regierungspräsidenten zurückhalten will. Redner kommt dann auf die Verwaltungsreform zu sprechen und empfiehlt hierbei, daß die höheren Beamten nicht so viel feilschen, sondern ihre Arbeiten, Berichte usw. konsequenter gestalten Beamten diktieren sollten. Zum Schluß streift Redner die Wahlmonestrationen und rät hierbei der Regierung, mit allen Mitteln dagegen einzugreifen. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Belsky (fr. Sp.):

Die Verwaltungsreform möchte ich dem Minister ganz besonders ans Herz legen. Möge er den Mut haben, alle veralteten Sätze abzuschneiden. Den Sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Gemeinden lehnen wir ab. Was die bürgerlichen Parteien denken und tun, wenn die sozialdemokratische Mehrheit antritt, haben wir in Hildbröt gesehen, wo alle bürgerlichen Parteien sich zusammenfinden haben, um die Majorisierung der Stadtverordnetenversammlung durch die Sozialdemokratie vorzubeugen. Wenn anderswas das Feuer auf den Nägeln brennt, werden die bürgerlichen Parteien das gleiche tun. Da können auch die Freisinnigen nicht einreden, aber in der Praxis handelt man anders, muß man anders handeln wegen der Bedrohung der Sozialdemokraten. So kann werden die bürgerlichen Parteien nicht sein, den Sozialdemokraten, die den Bürgerlichen das Fell über die Ohren ziehen wollen, die Macht in die Hand zu geben. (Lebh. Zuruf.) Ziehen die Sozialdemokraten in die Gemeinden ein, dann wird das Programm der Gesellschaft verkommen und das Programm der Gewalt etabliert werden. Wir tun, was im Interesse des Staates, der Monarchie und der Bevölkerung liegt. (Lebh. Beifall rechts.)

Minister des Innern v. Moltke:

Der Abg. Hirsch sagte am Sonnabend, die Sozialdemokratie will ihr Ziel mit geistigen Mitteln erreichen. Das klingt ja außerordentlich harmlos. Aber wenn man in demselben Atemzuge sagt: Wir werden unsere Wahlrechtsbestrebungen durch etwas anderes fraktionen verfolgen, so gewinnt die Sache doch ein etwas anderes Gesicht. Ist das eins von Ihren geistigen Mitteln? (Sehr gut Heiterkeit.) Der Abg. Weidmann sagte am Sonnabend: (Zur) will die für Wohnungsbau, Gesundheitswesen, königliche Polizei auf die ganze Land- und freile ausgebeht werden. Wir tun, was im Interesse des Staates, der Monarchie und der Bevölkerung liegt. (Lebh. Beifall rechts.)

Der Abg. Hirsch sagte am Sonnabend, die Sozialdemokratie will ihr Ziel mit geistigen Mitteln erreichen. Das klingt ja außerordentlich harmlos. Aber wenn man in demselben Atemzuge sagt: Wir werden unsere Wahlrechtsbestrebungen durch etwas anderes fraktionen verfolgen, so gewinnt die Sache doch ein etwas anderes Gesicht. Ist das eins von Ihren geistigen Mitteln? (Sehr gut Heiterkeit.) Der Abg. Weidmann sagte am Sonnabend: (Zur) will die für Wohnungsbau, Gesundheitswesen, königliche Polizei auf die ganze Land- und freile ausgebeht werden. Wir tun, was im Interesse des Staates, der Monarchie und der Bevölkerung liegt. (Lebh. Beifall rechts.)

Der Abg. Hirsch sagte am Sonnabend, die Sozialdemokratie will ihr Ziel mit geistigen Mitteln erreichen. Das klingt ja außerordentlich harmlos. Aber wenn man in demselben Atemzuge sagt: Wir werden unsere Wahlrechtsbestrebungen durch etwas anderes fraktionen verfolgen, so gewinnt die Sache doch ein etwas anderes Gesicht. Ist das eins von Ihren geistigen Mitteln? (Sehr gut Heiterkeit.) Der Abg. Weidmann sagte am Sonnabend: (Zur) will die für Wohnungsbau, Gesundheitswesen, königliche Polizei auf die ganze Land- und freile ausgebeht werden. Wir tun, was im Interesse des Staates, der Monarchie und der Bevölkerung liegt. (Lebh. Beifall rechts.)

so lassen Sie doch dann die gesetzlichen Bestimmungen selber achten und sich nicht über falsche Anwendung des Gesetzes beschweren. ...

Das neue Vereinsgesetz ist zweifellos ein bedeutender Fortschritt...

Den Fall Schilling haben wir nicht behandeln wollen, weil das Verfahren noch schwach ist. Aber der Fall ist hier von Herrn v. Heydenbrand angeklagt worden...

Wenn die Landräte sich teilweise in das Vereinsgesetz noch nicht eingelebt haben, so liegt das offenbar daran, dass das Gesetz erst kurze Zeit in Kraft steht...

Die Beschlüsse des Abg. Nitzsch in Sachen Schilling war doch recht seltsam. Er ist doch der gleichen Ansicht wie Herr v. Heydenbrand...

Die Beschlüsse des Abg. Nitzsch in Sachen Schilling war doch recht seltsam. Er ist doch der gleichen Ansicht wie Herr v. Heydenbrand...

Wärdereien sollte man sie nicht ohne weiteres anwenden, das stellt oft die Erläuterung des Wärders und des Hausbesizers in Frage. Auch sonst werden die Hauspolizeibestimmungen vielfach zu rigoros und für manche Hausbesitzer rüchig gehandhabt...

Abg. Dr. v. Jagzowski (Vize)

Ich besorgte mich über missbräuchliche Anwendung des Sprachenparagrafen gegenüber den politischen Gewerkschaften. Man behandle diese Gewerkschaften einfach nach ihrem Verhalten vor Erlaß des Reichsvereinsgesetzes...

Abg. Dr. Pahnke (fr. Vgl.)

Mit den Ausführungen des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg über die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes sind wir einverstanden. Wir werden uns aber dagegen, dass man ernste Versammlungen mit Polizeigewalt gleichstellt...

Wenn die Landräte sich teilweise in das Vereinsgesetz noch nicht eingelebt haben, so liegt das offenbar daran, dass das Gesetz erst kurze Zeit in Kraft steht...

Wenn die Landräte sich teilweise in das Vereinsgesetz noch nicht eingelebt haben, so liegt das offenbar daran, dass das Gesetz erst kurze Zeit in Kraft steht...

Wenn die Landräte sich teilweise in das Vereinsgesetz noch nicht eingelebt haben, so liegt das offenbar daran, dass das Gesetz erst kurze Zeit in Kraft steht...

Wenn die Landräte sich teilweise in das Vereinsgesetz noch nicht eingelebt haben, so liegt das offenbar daran, dass das Gesetz erst kurze Zeit in Kraft steht...

Abg. Saemann (ntl.)
kittet den Staat, die Schäden bei der Koburitzexplosion in Witten zu erlegen.

Ein Schlußantrag wird angenommen, das Gehalt des Ministers gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bemittelt. Der sozialdemokratische Antrag wegen Einführung des allgemeinen Wahlrechts in den Kommunen wird abgelehnt.

Ausland.

Russische Winkelzüge.

Wieder einmal hat sich ein dichter Nebelvorhang vor den Prospekt der politischen Bühne gehoben und wieder einmal trägt Rußland die Schuld an der Verwirrung der Situation. Die Erklärungen, die von Petersburg kommen, gemahnen durchaus keinen Einblick in die wahren Absichten russischer Politik.

Petersburg, 1. März. Die gestrige Note der russischen Regierung an Serbien hat die höchsten Vertreter der internationalen Politik nur teilweise befriedigt.

Die Erregung und der Ungehörigkeit in den panslawistischen Kreisen dauern in ungeschwächtem Maße fort.

Die serbischen Wiltungen

Daumen, wie das folgende Telegramm meldet, noch immer an: Belgrad, 1. März. Der Kriegsminister bereitet einen Erlaß zur Reaktivierung mehrerer höherer pensionierter Offiziere vor...

Man dürfte kaum sehr gehen, wenn man allen Friedenshoffnungen zum Trotz — den Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Serbien für Mitte oder Ende März erwartet.

Neue Desertion deutscher Fremdenlegionäre.

Aus Oran wird gemeldet, daß vier deutsche Fremdenlegionäre der Besatzung von Buamane desertierten und sich auf marokkanisches Gebiet flüchteten.

Die Verfassungskämpfe in Persien.

Bei Rischat errichteten die Revolutionäre auf der russischen Gasse Festigungen und legten Minen, um die Annäherung der Truppen zu verhindern.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 2. März.

Stadtvorordneten-Sitzung.

Halle, 1. März.

Am Vorstandstisch die Herren Geh. Kommerzienrat Stehner, Justizrat Höhring, Oberlehrer Professor Dr. Bangerter und Fabrikant Greiler.

Die Beamtenschaft unterbreitet erneut eine Petition in Sachen der Einweisung Halles in Klasse B der Wohnungsgeldzulasse.

Die Beschwerden von Bürgern in Giebeldienstein über schlechte Beschaffenheit des Gales aus dem Giebeldiensteiner Gaswerk werden auf vier Wochen zurückgelegt.

Herr Stadtrat K. Schmeier erklärt, daß eine Vorlage unterweges sei; es müßten noch die betreffenden Kuratoren gehört werden.

Punkt 1 betrifft den bekannten Magistratsantrag, die Stadtvorordneten-Verammlung wolle vorbehaltlich anderweitiger Beschlußfassung über die Erteilung des Zuluflasses genehmigen.

zwei Millionen Mark zu 4 Prozent zur Ausgabe gelangt.

Der Referent, Herr Stv. Engländer, empfiehlt den Magistratsantrag. Der Referent bemerkt dabei, daß wir im vorigen Jahre Angebote von 97% bekommen haben.

Herr St. Thiele bringt die Frage der Feuererstattung in Deutschland. Die Frage der Feuererstattung in Deutschland, die sich gegen die Zulassung der Feuerbestattung richtet.

Bestattung, die ja für die Städte eine finanziell wichtige Frage ist, an zuständiger Stelle vorzubringen.

Herr Stv. C m m e r fragt, wann wir auf die Anlage eines neuen Friedhofes rechnen dürfen. Die Angelegenheit dränge, mit Rücksicht auf die Friedhöfsnot in Giebichenstein.

Herr Stadtrat F r e n z e l entgegnet, das Besondere Projekt liege jetzt dem Hochbauamt zur nachmaligen Bearbeitung, zum Zwecke der Verbilligung.

Ein Antrag des Herrn Stv. O r b e r g, der den für Ermittlung von Diebstählen aus den Friedhöfen als Prämie eingeleiteten Betrag von 100 Mark freizugeben will, wird abgelehnt, dagegen der Antrag Thiele angenommen, der Magistrat möge bei den gelegentlichen Körperkassen auf Zulassung der Feuerbestattung keinen Einfluss geltend machen.

Herr Stv. v. B l u m e als Referent berichtet, im geplanten Sparfahnenüberschüsse im Betrage von ca. 100 000 Mk. zu den Realisationsarbeiten der Moritzkirche zu verwenden. Es soll jedoch nach dem Beschlusse der Versammlung eine besondere Vorlage über die Verwendung dieser Überschüsse gemacht werden.

Herr Stv. C m m e r fragt an, ob es in diesem Jahre endlich möglich ist,

für den Norden ein Freibad zu errichten.

Herr Stadtrat G r o t e entgegnet: Leider nein, es ist noch kein Platz gefunden, wo man das Freibad hinführen könnte. Die Stromabverwaltung spreche da ein gewichtiges Wort mit.

Herr Stv. C m m e r meint, an den Rabelhäusern sei Platz; da werde der Stromfiskus wohl seine Schwereigkeiten machen.

Für die Volkshilfsthote

des Vereins für Volkswohl werden 4000 Mark gefordert. Der Referent Herr Stv. v. B l u m e empfiehlt die Bewilligung. Andere Städte geben dafür höhere Summen aus, z. B. Danzig 6000 Mark.

Herr Stv. D ö h l e r fragt, ob die 4000 Mark eine laufende Beihilfe seien; im bejahenden Falle scheine ihm der Betrag zu hoch.

Herr Stv. v. W e i s e mündet gleichfalls den Betrag als einmalige Beihilfe charakterisiert zu sehen.

Herr Stv. B a n g e r t entgegnet, es handele sich um einen laufenden Beitrag, den man allerdings jedes Jahr neu bewilligen müsse. Die Bibliothek werde selbstverständlich, wie jede Volkshilfsthote, in ihren Bücherbeständen schnell Erneuerung bedürftig; da sei keine Aussicht, daß später ein geringerer Zuflusse verlangt werden könne.

Herr Stv. v. B l u m e meint, bei dieser Sache möge man doch nicht fargen.

Herr Stv. N e r e r ist derselben Ansicht. Der Verein für Volkswohl habe der Stadt folkshilfliche Aufgaben abgenommen; die Volkshilfsthote und Bücherhalle sind rechtswegen die Stadt selbst zu errichten müssen.

Die 4000 Mark werden bewilligt. 1000 Mark Beihilfe für den Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs werden getilgt, da die Hebung des Fremdenverkehrs dem Verein allein überlassen werden müsse und nicht Aufgabe der Stadtbehörde sein könne.

Herr Stv. B a n g e r t referiert über den Armenetat, der gleichfalls genehmigt wird. Schlussumme: 784 400 Mark, Zufuß 635,510 Mark.

Herr Stv. W h m a n n trägt den Etat über das Feuerlöschwesen vor.

Herr Stv. C m m e r führt aus, die Feuerwehrpferde würden vielfach durch zu schnelles Fahren mit den Krankenwagen kaputtgemacht. Er beantragt, der Magistrat möge erörtern, ob der Krankenwagen nicht als

Automobil-Krankenwagen eingerichtet werden könnte.

Herr Stadtrat D u s h gibt zu, daß die Krankentransporte das Pferdmaterial außerordentlich ausnützen. Die Feuerdeputation habe der Sache bereits ihr Augenmerk zugewandt; es sei eine Vorlage in Bearbeitung, die die Krankenwagen mit Automobilen einrichten versehen wolle. Der Antrag Emmer wird daraufhin als überflüssig abgelehnt.

Ueber Kapitel XIII, Bauesen, referiert Herr Stv. S t e p h a n. Er beantragt Bewilligung des Kapitels.

Herr Stv. C m m e r bittet, an Stelle von Reichensteinpflaster 2 Klasse, vor der Schule in der Brunnenstraße Schlackenpflaster, der Schulhof für zu legen. Die Klasse könne man dort schon treffen, wie man ja vor den höheren Schulen zur Dämpfung des Straßenschlammes Holzpflaster verwenden wolle.

Herr Stv. Thiele bittet, den Seiten im Pflasteret mehr zu berücksichtigen, z. B. Drandorferstraße, Streiberstraße, Bernsdorferstraße.

Herr Stadtbaurat L a m m e r s entgegnet, gerade der Seiten sei recht reichlich beachtet worden.

Der Antrag C m m e r auf Verlegung von S c h l a d e n s t e i n p f l a s t e r vor der Schule in der Brunnenstraße wird angenommen, nachdem auch Herr Stadtbaurat Lammer ihn unterstützt hatte.

Das Kapitel XIV, Straßeneinigung, trägt Herr Stv. G i e s e r vor. Er empfiehlt es zur Genehmigung.

Dabei taucht die Frage der Verpflasterung zur Reinigung des Bürgersteiges von Schnee und Eis wieder auf, die, wie verschiedene Redner darlegten, noch ungeklärt ist. Es wird namentlich von Herrn Stv. K e m b l e r den Hausbesitzern der Rat gegeben, ja das Reinigen des Trottoirs, das Streuen von Asche nicht zu unterlassen, da das Risiko, das sie damit hinsichtlich der Haftpflicht laufen, außerordentlich groß ist und das ganze Vermögen in Frage stellen kann. Wir kommen auf die Debatte zurück.

Herr Stv. K n a b e referiert über den Etat der Straßenbeleuchtung, der genehmigt wird.

Danach trägt Herr Stv. Thiele folgende Interpellation vor:

Kann und will der Magistrat Auskunft darüber geben, auf welche Weise der Artikel über die Arbeitslosigkeit in das Amtsblatt des Magistrats gelangen ist?

Der Redner legt dar, daß in dem Artikel behauptet worden sei, es seien hauptsächlich Sondere von Personen mitgezählt, die unter die Arbeitslosen nicht gerechnet werden könnten. Der Artikel enthalte Verdrüssigungen gegen dieähler.

Herr Oberbürgermeister Dr. R i b e entgegnet, dem Artikel Rebe der Magistrat, wie überhaupt amtliche Nachrichten, nicht geben. Die Zahl der Arbeitslosen sei nach jener Angabe mit 2011 angegeben. Von dieser Zahl habe das Statistische Amt bei seiner Nachprüfung 450 gestrichelt. Aber wir sind weit entfernt, denählern, wie es der „General-

anzeiger“ tut, Vorwürfe zu machen und mit ihm anzunehmen, es sei absichtlich gefälscht worden. Die Leute unterzogen sich der Mühe, um ein paar Groschen zu verdienen, aber nicht um zu fälschen. Daß Irrtümer unvermeidlich waren, dürfte von vornherein als selbstverständlich gelten. Die Ziffer von 450 ist auch im Verhältnis zu der Zahl 2011 gar nicht etwa zu hoch, daß es auffallen könnte.

Herr Stv. Thiele stellt fest, daß dieähler nicht gegen Verablang, sondern umsonst ihre Arbeit geleistet hätten.

Herr Oberbürgermeister Dr. R i b e berichtet danach seine Ausführungen.

Dem ist die Interpellation erledigt. 18. Der Magistrat hat beschloffen, Anerkennung der gemeinnützigen, auch die polizeilichen, Interessen fördernden Tätigkeit des Tierischhygienevereins für Halle und Umgegend, diesem eine Jahresbeihilfe von 300 Mark zu gewähren. Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. v. B l u m e.)

Alle übrigen Punkte der öffentlichen Sitzung werden hierauf vertagt. Es soll

am Mittwoch eine neue Stadtverordnetenversammlung abgehalten werden, um die Etatsreste aufzuarbeiten und die neuen Steuern festzusetzen. Bei dieser Gelegenheit will man auch die bekannte Petition von Scherer und Kettoren in der Besoldungsfrage erledigen.

Vom deutschen Städtetage.

Im Berliner Rathaus hatte sich gestern der Wortführer des deutschen Städtetages versammelt, um zu verhandelnden Fragen Stellung zu nehmen. Anwesend waren für Berlin Oberbürgermeister Richter, Stadtrat Ramsau als Schriftführer, ferner Stadtvorordnetenvorsteher Nichte und Magistratsrat Dr. Schaffhausen, ferner die Oberbürgermeister Bentler (Dresden), von Borst (München), Krie (Königsberg), Bender (Breslau), Wilms (Posen), von Schuß (Münster), Wallraf (Köln) und andere. Es wurde u. a. beschloffen, gegen den Gesetzentwurf der Arbeitsämmer Stellung zu nehmen, und zwar mit Rücksicht auf die Bestimmung, daß die Kosten abermals den Städten auferlegt werden und die Einziehung dieser Kosten nur eine beschränkte sein wird.

Ferner wurde beschloffen, gegen den Reichstagsbeschlusse über die Anrechnung der Militärdienstezeit für die Militärdienstverpflichtung zu werden. Außerdem wurde der Beschlusse, den Städten eine Beschäftigung in der Beteiligung an Kongressen, Versammlungen und so weiter zu empfehlen.

Kinder Gottesdienst des Herrn Pastor Richter.

Am Freitag feierte der Ulrichsberggottesdienst des Herrn Pastor Richter in den „Kaiserstätten“ sein 27. Stiftungsfest. Bis auf den letzten Platz war der große Saal gefüllt, und die Erwartung der wohl 1400 Köpfe zählenden Menge wurde in jeder Weise erfüllt. Nach einer warmen Begrüßungsansprache des allseitig verehrten Leiters, Herrn Pastor Richter, folgte ein reichhaltiges Programm, in dem Chor und Gesangsvereine, Deklamationen und lebende Bilder abwechselten. In einer Ansprache wies der derzeitige Ordner des Festestrelles auf den Segen hin, der auf der Kinder-Gottesdienstarbeit ruht, und schloß mit einem Hoch auf den Leiter. Den Höhepunkt des Abends bildete eine von Damen und Herren des Kindergottesdienstes veranstaltete, wohl-gelungene Aufführung des 3. und 4. Aktes aus E. von Wildenbruchs Schauspiel „König Heinrich“, „Heinrich als Kaiser in Canosa und als Sieger in Rom“. Nach einer kurzen Schlussansprache des Herrn Pastor Richter schloß das so harmonisch verlaufene Fest.

Wie allgemein bekannt, ist der Kindergottesdienst an St. Ulrich, einer der größten Deutschlands, vor 27 Jahren von Herrn Pastor G. Richter gegründet worden und stand lange Zeit als der einzige in Halle da. Aus kleinen Anfängen herangezogen, ist er von Jahr zu Jahr größer geworden, so daß wir jetzt auf die statistische Anzahl von 1600 Kindern blicken können.

Wieder Meister im Saalegan. Mit dem Spiele am Sonntag Halle 96.

Wader fiel die Entscheidung im Saalegan, und zwar konnten, wie schon in den Vorjahren, die Ober den Meisterhaftigkeit erwerben. Beide Mannschaften hatten Erziele eingestellt — Wader für Fink, 96 für Hanke und Lobed — und waren sich des Ernstes des Spieles wohl bewußt, so daß man einen interessanten und spannenden Kampf zu sehen bekam. Auf Seiten des Siegers, der übrigens in der ersten Spielzeit ein vorbildliches Spiel vorführte, sind besonders Schwarzer, Wittich, Udow und Busler, bei Wader Kettmisch, Scholle und Delle hervorzuheben. Halbzeit 4:0, Endresultat 5:1 für 96. — Am kommenden Sonntag spielt der Fallische Meister auf dem Sportplatz gegen Viktoria 96 I, Meisterhaftigkeitsklub von Magdeburg. — Halle 96 III schlug ferner am Sonntag den Weissenfelder Sportklub I überlegen mit 10:1.

Der Verein selbständige Uhrmacher von Halle und Umgegend beschloß die Errichtung einer Halle in Verbindung zu beantragen. Die Annahme soll den Stadtrat, den Saalekreis, Kreis Bitterfeld, Dessau, Querfurt, Merseburg und den Mansfelder Seekreis umfassen.

Vermischtes.

Der junge von der Welle, der Ritter des Wirtschaftseleven Ehrent, den er, wie wir berichteten, im Eisenbahnzuge erschlug und herabwarf, war 28 Jahre alt und in Adlig-Libischau, einem Gute, in Stellung; er befand sich stets in Geldverlegenheit. In letzter Zeit hatte er versucht, Anleihen zu machen, was ihm aber nicht gelang. Von der Welle hat sich nach der Tat in Danzig am Abend amüßert, viel mit Geld um sich geworfen und ist dann nach Pöpslin zurückgefahren, wo er noch auf einem Wall die ganze Nacht durchlag. Als er am anderen Morgen nach Hause kam, fiel sein verstorbes Vermögen auf, und es wurde ihm auf den Kopf zugehakt, er habe wohl den Ehrent erschossen. Seine Kameraden stellten ihm darauf einen Geldedem Revolver zur Verfügung, damit er sich selbst löse, worauf er erwiderte: „Das hat ja noch 3 Zeit!“ Sein Vater, Professor von der Welle, kam gerade am Tage nach der Tat nach Dirschau, um seinen Sohn zu besuchen, ist aber, als er hörte, mit welchem Zynismus sein Sohn die Tat begangen, ohne ihn gelassen zu haben, nach Weimar zurückgefahren.

Eine Selbstbiographie des „Hauptmanns von Ripenda“ ist loben erhellend. Das Buch, auf dessen Umschlag das Bild des berühmten Schriftstellers, der Hauptmannsuniform prangt, trägt den Titel „Wie ich Hauptmann von Ripenda wurde, Mein Lebensbild.“ Von Wilhelm Voigt, genannt Hauptmann von Ripenda.

Letzte Nachrichten.

Die Gladbesprechung bei Bülow.

Berlin, 1. März. Ueber die Gladbesprechung, die kürzlich der Reichstag mit einigen Führern der Volksparteien hatte, sind verschiedene Meinungen in die Presse gelangt. Von einigen Blättern wurde aus der Teilnahme von drei nationalliberalen Parlamentariern gefolgert, daß es sich vorwiegend um nationalliberale Fragen gehandelt habe. Dies ist, wie die „Freie Pte.“ feststellt, nicht zutreffend. Es haben vielmehr auch drei Angehörige der freisinnigen Fraktion an den Verhandlungen teilgenommen, nämlich die Herren Wiermer, Müller-Meinungen und Wommgen.

Ein neues Nadelunglück in Darmstadt.

Darmstadt, 1. März. Ein weiterer schwerer Unfall ereignete sich an derselben Stelle, an der am Sonnabend ein Offiziere verunglückt waren, von denen zwei verstarben. Ein Knabe stürzte mit dem Nadelstücken um und erlitt einen schweren Schenkelbruch. Kurz vorher hatte ein Mädchen in der Nähe der Bahn den Arm gebrochen.

Die Orientkrise.

Paris, 1. März. In hiesigen diplomatischen Kreisen neigt man zu der Ansicht, daß eine Verständigung zwischen Oesterreich und Serbien zu erwarten ist. Allerdings glaubt man, jetzt schon mitteilen zu können, daß es nicht gelingen dürfte, Serbien zu einer Erklärung zu bewegen, durch die es auf seine Ansprüche verzichtet. Eine Verzögerung in dem von Oesterreich geforderten Sinne würde wahrscheinlich einen Volksaufstand in Serbien hervorzurufen.

Belgrad, 1. März. Sämtliche Blätter veröffentlichen heute ein Regierungscommuniqué, in welchem die Besoldierung ausgedehnt wird, allen Manngelehrten über einen angeblich bevorstehenden Einfall der Oesterreicher in Serbien keinen Glauben zu schenken. Die Nationalmonarchie zeige ein korrektes Verhalten und werde nichts unternehmen, was Europa einschließen habe, was Serbien mit Verlusten, bevor Europa käme. Die Bevölkerung solle durch eine ruhige und besonnene Haltung die Regierung unterstützen.

Wien, 1. März. Nach einer Belgrader Meldung der „N. Z. Z.“ teilte der russische Gesandte angeblich dem Minister des Neuwahnsowitsch mit, insoweit habe sich überzeugt, daß es nicht gelingen werde, die geforderten territorialen Konzessionen durchzusetzen. Die Regierung werde jedoch danach trachten, daß die Annetionsfrage von dem europäischen Aropag nicht gelöst werde, sondern vielmehr offen bleibe, bis sich eine günstige Gelegenheit biete, für Serbien etwas Besseres zu erreichen.

Wien, 1. März. An hiesiger unterrichteter Stelle ist nichts davon bekannt, daß Rumänien Vorbereitungen für eine Mobilisierung treffe.

Wien, 1. März. Der hiesige diplomatische Agent Bulgariens demontiert die Meldung Petersburger Blätter, daß Ferdinand von Bulgarien den Präsidenten des Moskauer slawischen Wohlthätigkeitsvereins Spiridowitsch besucht habe. Er habe den Herrn überhaupt nicht gesehen.

Große Unterschlagungen bei einer Bahn.

Ludwigsbahn, 1. März. Gestern wurden durch die hiesige kgl. Eisenbahn-Direktions-Hauptkasse große Unterschlagungen und Diebstahlungen bei der früheren Pflanzlichen Bahn entdeckt. Die Höhe der veruntreuten Summe beträgt rund 85 000 Mark. Einer der durch die Entdeckung kompromittierten Beamten hat sich verflüchtigt.

Der neue englische Gesandte in München.

München, 1. März. Zum kgl. großbritannischen Gesandten wurde Mister R. Tage ernannt, der bisher die Legation in St. am inne hatte.

Zumelden-Diebstahl.

Wien, 1. März. Dem Gutsbesitzer Lamm aus Widupfel wurden aus seinem Koffer auf der Fahrt von Wizza nach Wien Zwemeln im Werte von über 15 000 Kronen gestohlen.

Das Befinden des Papstes.

Rom, 1. März. Wegen des kalten Wetters ist dem Papst, dessen Allgemeinbefinden günstlich ist, von den Ärzten geraten worden, die Wundigen zeitweilig einzustellen.

Folgen der Schneehülle in Italien.

Mailand, 1. März. In Udine sind heute alle Eisenbahnzüge ausgeblieben. Auch der telegraphische Verkehr ist unterbrochen, da die Schneehülle anhalten.

Schwere Streit-Unruhen in Frankreich.

Paris, 1. März. Wie aus Magazette gemeldet wird, sind vor 2000 Textilarbeiter ausständig. Heute kam es zu förmlichen Kundgebungen. Die Beschränkung der Möglichkeiten, um Zwischenfälle zu verhindern, 110 Genarmen, eine Schwadron Dragoner und eine Schwadron Husaren sind eingetroffen. Die Ausständigen sind sehr erregt, besonders die Frauen, von denen sich einige zu Boden warfen, um die Kavallerie am Vorwärtsschreiten zu hindern. Die Wohnungen der Arbeiter wurden angegriffen. In einem Falle zerstückte die brutale Menge die Türen und Fenster, rief die Bilder von den Wänden und zertrümmerte zum Teil die Möbel. Weitere Truppeneinheiten in das Auslandsgebiet sind geplant.

Durch Taucher gerettete Post.

Marzelle, 1. März. Taucher gelang es, die Postkiste des gesunkenen Dampfers „Villed'Alger“ zu bergen.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortl. für den politischen Teil: J. B. Eugen Brinkmann, für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Fritz Paul Schaumburg; für den Handeltel: Friedrich Alexander Kog. für den Inkretentel: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfasst 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.

